

Scharping: Verzicht auf heimische Kohle zugunsten der Importkohle wäre der Strukturbruch mit unabsehbaren Folgen im Ruhrgebiet, in der Lausitz und an der Saar. Rainer Barzel hat mal gesagt: „Wenn’s an der Ruhr brennt, wird das Wasser des Rheins nicht zum Löschen ausreichen.“ Die Stahl- und Kohlepolitik ist für Arbeitsplätze und sozialen Frieden ein Eckpfeiler, also für den Standort Deutschland.

SPIEGEL: Nach der Niedersachsen-Wahl im März steht der SPD bald eine weitere Prüfung ins Haus. Welchen Stellenwert für die Bundestagswahl besitzt die Bundespräsidentenwahl am 23. Mai?

Scharping: Bei der Wahl des Bundespräsidenten entscheidet sich, ob die Bundesversammlung *ausschließlich* einem parteipolitischen Interesse folgt und damit gegen den klaren Mehrheitswillen der Bevölkerung entscheidet. Dann kommt eine neue Debatte über die Volkswahl des Präsidenten . . .

SPIEGEL: . . . die Sie bislang abgelehnt haben.

Scharping: Ja, aber es wird eine erhebliche Anzahl von Parlamentariern aus der Union Johannes Rau wählen. Dann darf man die FDP und die drei denkbaren Wahlgänge nicht vergessen.

SPIEGEL: Mit Verfassungsgerichtspräsident Roman Herzog bietet die Union einen Kandidaten auf, der mehr Zustimmung findet als Steffen Heitmann.

Scharping: Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts sollte sich in Interviews stärker zurückhalten. Als Kandidat einer Partei kann er kein unabhängiger Richter sein. Wenn Herr Herzog der Kandidat der Union wird, sollte er sein Amt in Karlsruhe nicht mehr ausüben.

SPIEGEL: Warum hat die SPD nicht den Ostdeutschen Richard Schröder für alle Parteien vorgeschlagen?

Scharping: Das geschieht ja auch bei Johannes Rau. Er ist der Beste für das Amt.

SPIEGEL: Sie haben sich oft und gern mit dem Kanzler getroffen . . .

Scharping: . . . gern haben Sie gesagt.

SPIEGEL: Müssen Bürger nicht verwirrt sein, wenn sich Kohl und Scharping im Superwahljahr öffentlich anmachen und hinter verschlossenen Türen kungeln?

Scharping: Für den 14. Januar hat Kohl erneut eingeladen. Thema: Umzug nach Berlin. Gesetzgeberisch ist dann neben der Postreform noch die Pflege zu regeln. Mein Bedarf an Kaffeestunden mit Helmut Kohl ist gering. Aber was kann ich dafür, daß seine Regierung nichts Anständiges zustande bringt, noch nicht einmal bei der Bekämpfung des Organisierten Verbrechens.

SPIEGEL: Herr Scharping, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. □

Wie ein Messerstich

Die Rezession bringt auch die Kirchen in Bedrängnis: Ihre Einnahmen sinken, die Kritik an der Kirchensteuer wächst.

Ins Jahr des Herrn 1994 hätte Deutschlands Geistlichkeit kaum schlechter starten können.

In Hamburg verleiteten Austrittsdrohungen von Gläubigen und harsche Proteste von Amtsbrüdern der evangelischen Bischöfin Maria Jepsen den Umzug in eine neue teure Dienstvilla.

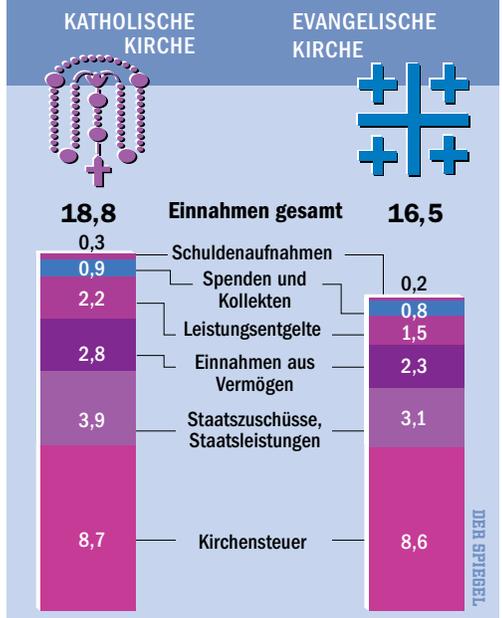
In Bonn stellte ausgerechnet der fromme Katholik Norbert Blüm (Spitzname „Herz-Jesu-Marxist“) die finanzielle Basis der deutschen Großkirchen, die Kirchensteuer, zur Disposition. Der Arbeitsminister, wegen seiner noch immer hängenden Pflegeversicherung ohnehin dünnhäutig, hatte sich darüber geärgert, daß die katholischen Bischöfe sich heftig dagegen sperren, für das Blüm-Modell einen kirchlichen Feiertag zu opfern.

So sicher „wie manche Bischöfe glauben“, giftete Blüm öffentlich, „ist das Kirchensteuersystem nicht“.

Den Kirchenoberen kommt die neue Aufregung um Geld und Glaubwürdigkeit höchst ungelegen. Die Steuereinnahmen, meldeten katholische wie evangelische Kirchenämter, seien im vergangenen Jahr um 1,6 Milliarden Mark hinter den Erwartungen zurückgeblieben – Folge von immer mehr Kir-

Gottes Milliarden-Kartell

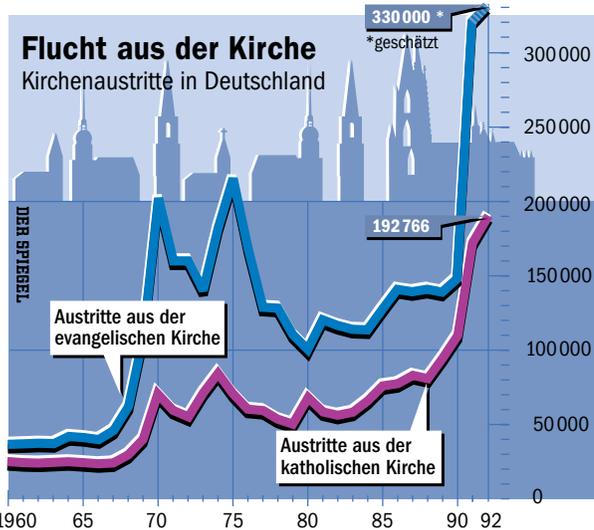
Angaben in Milliarden Mark; Schätzung für 1992



chenaustritten und, vor allem, der wirtschaftlichen Rezession.

Spätestens für 1995, wenn die Steuerzahler erneut 7,5 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer als Solidarbeitrag berappen müssen, rechnen beide Kirchen zudem mit einer ähnlichen Fluchtwelle wie bei der Einführung des ersten Solidarbeitrags 1991. Damals hatten insgesamt 170 000 Katholiken und 320 000 Protestanten der Christeninstitution die Gefolgschaft aufgekündigt.

Der Niedergang des Wohlfahrtsstaates Deutschland bringt die Kirchen in anhaltende Bredouille. Die Kirchensteuer, jahrzehntlang allenfalls von hartgesottenen Altliberalen, Agnostikern und Atheisten befehdet, ist nicht einmal mehr für Christdemokraten wie Blüm tabu.



Zwar beteuerte die Bundesregierung umgehend, über die Kirchensteuer sei im Kabinett „niemals beraten oder diskutiert worden“. Doch die Hirten waren aufgeschreckt. Er könne, predigte der Münsteraner Bischof Reinhard Lettmann von der Kanzel, die Worte seines Glaubensbruders Blüm nur als Drohung auffassen. So waren sie wohl auch gemeint.

Die Kirchen fürchten die Diskussion um den Zwangseinzug des Kirchenobolus durch

den Staat. Der ist in der Bundesrepublik, die laut Grundgesetz auf strikte Trennung von Kirche und Staat festgelegt ist, kaum zu rechtfertigen. Je nach Bundesland behalten die Finanzämter von steuerpflichtigen Gläubigen automatisch acht oder neun Prozent der fälligen Lohn- oder Einkommensteuer ein – nach Ansicht der SPD-Finanzexpertin Ingrid Matthäus-Maier ein längst „nicht mehr zeitgemäßes“ Verfahren.

Kritischen, aber durchaus kirchentreuen Gläubigen ist das gesamte Finanzgebaren der Kirchenoberen, das durch die zwangsweise Eintreibung der Kirchensteuer abgesichert ist, ein wachsender Greuel.

Im Dezember etwa zogen Berliner Christen vor dem ehemaligen Hauptquartier der Ost-CDU zu einem Protestgottesdienst auf. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hatte das Bürohaus am Gendarmenmarkt gerade als neuen Amtssitz in der Hauptstadt erworben. Kaufpreis: 48 Millionen Mark. Die räumliche Nähe zum künftigen Regierungsviertel, verteidigte ein EKD-Sprecher die Transaktion, habe den Ausschlag für den Kauf gegeben.

In Köln erregte ein ähnlicher Immobiliendeal die katholischen Gemüter der Domstadt. Mehr als 75 Millionen Mark zahlte die Diözese für ein Bankgebäude in der Innenstadt, um darin ein Begegnungs- und Versammlungshaus einzurichten.

Ähnlich dem Bund der Steuerzahler hat sich im vergangenen Herbst ein „Bund gegen Kirchensteuermißbrauch“ gegründet. Den Vorsitz hat der konservative lutherische Bremer Pastor Jens Motschmann, 51, übernommen. Motschmann sammelt penibel große und kleine Beispiele für den laxen Umgang der Kirchenmanager mit dem Geld ihrer Steuerzahler. Proben aus Motschmanns Fallsammlung:

- ▷ Mehr als 40 000 Mark gab das evangelische Landeskirchenamt in Bielefeld für einen Betriebsausflug aus, bei dem 160 Mitarbeiter im Sonderzug zum Feiern ins Würzburger Maritim-Hotel fuhren.
- ▷ Fast 25 Millionen Mark kostete der Deutsche Evangelische Kirchentag 1993 in München, 7 Millionen Mark davon stammten aus staatlichen Zuschüssen.

▷ Drei Millionen Mark spendierte die Bremische Landeskirche auf Beschluß ihrer Synode für den Bau dreier Windkraftwerke, mit denen die Kirche ein Zeichen für alternative Energien setzen möchte.

„Diese teure Zeichensetzerie“, so Motschmann, „geht mir auf die Nerven. Ich baue doch auch keine Spielzeug-Fabrik, wenn ich kinderfreundliches Spielzeug unterstützen will.“

Wie sensibel inzwischen zahlende Christen auf die Ausgabenpolitik ihrer Glaubensführer reagieren, zeigt der Fall der Hamburger Bischöfin Jepsen.

Für eine Million Mark hatte die nordelbische Kirche im Stadtteil Osdorf eine 200 Quadratmeter große Dienstvilla erworben – für Hamburg ein eher bescheidener Preis. Das Gebäude sollte der

sen bewies wenig Fingerspitzengefühl für die Seelenlage der Evangelischen und ihre eigene Glaubwürdigkeit.

Im August des vergangenen Jahres hatte die Bischöfin vor der drohenden Finanzklemme ihrer Kirche gewarnt und sogar den Verkauf von Gotteshäusern nicht ausgeschlossen. Und erst vor wenigen Wochen rief sie den Hamburger Klerus zu freiwilligen Gehaltskürzungen auf, sehr zum Unmut von Pastorinnen und Pastoren.

Dem Normalchristen ist solches Lamento ohnehin suspekt. Denn die Kirchen schwimmen noch immer im Geld.

Von 1967 bis 1991 haben sich die Steuereinnahmen der Großkirchen verfünffacht, von 3 Milliarden auf 15,2 Milliarden Mark. Insgesamt verfügen die

Landeskirchen und Diözesen jährlich über mehr als 35 Milliarden Mark. Jeweils fast 9 Milliarden davon stammen bei Katholiken wie Evangelischen aus der Kirchensteuer, der Rest kommt durch Staatszuschüsse, Leistungsentgelte, Vermögen und Spenden zusammen.

Aus dem Geldsegen finanzieren die Monopolisten Gottes Jahr für Jahr ihre 350 000 Pfarrer, Seelsorger, Verwaltungsangestellten und Funktionäre, aber auch soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Altenhilfen und Krankenhäuser.

Mit ihren sozialen Wohltaten begründen beide Kirchen stereotyp

die Notwendigkeit der geltenden Beitragsregelung. „Fiele die Kirchensteuer flach“, behauptete noch letztes Jahr Beatus Fischer, Finanzexperte der Evangelischen Landeskirche in Baden, „hätten die Nutzer der diakonischen Einrichtungen das Nachsehen.“

In Wahrheit taugt dieses Argument wenig: Weder Caritas noch Diakonie müßten ihre guten Werke dichtmachen, wenn die Kirchensteuer entfiel.

Denn die beiden Sozial-Konzerne der Kirchen bezahlen ihre Arbeit zu rund 70 Prozent aus Leistungsentgelten wie Pflegesätzen und Elternbeiträgen, zu 20 Prozent aus Staatszuschüssen. Die Kirchen schießen nur 3 bis 5 Prozent zu, der Rest stammt aus Spenden.

Im jährlichen Gesamtetat von Caritas und Diakonischem Werk von rund 40 Milliarden Mark stecken mithin zwischen ein und zwei Milliarden Mark aus Kirchenmitteln. Mehr nicht. □



Alarm im Klingelbeutel

Kölner Stadt-Anzeiger

Oberhirtin, die seit eineinhalb Jahren nach einem passenden Dienst- und Wohnsitz sucht, von ihrer Kirche für 1800 Mark Kaltmiete zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Kirche gingen prompt Dutzende Austrittsdrohungen ein. Die Boulevardblätter der Hansestadt, stets das Ohr am Volk, verstärkten den Unmut. „So ‚bescheiden‘ ist Hamburgs Bischöfin“, höhnte *Bild*. Das Konkurrenzblatt *Hamburger Morgenpost* packte gar „heiliger Zorn“.

Den allerdings hatten im Hintergrund vor allem konservative Kirchenfunktionäre geschürt, die keinen Hehl daraus machen, daß sie eine Frau auf dem hanseatischen Bischofsstuhl aus theologischem Prinzip ablehnen. Doch die Kampagne zeigte Wirkung: Jepsen verzichtete, „verwundet wie von einem Messerstich“, auf das Domizil.

Den Eklat hatte die Bischöfin selbst mitverursacht: Wohnungssucherin Jep-